

Er scheint täglich
Nachmittags mit Ausnahme des
Sonns und Feiertags.

Abonnementpreis
monatlich 50 J., 1/2jähr. 1.50 J.
halbjähr. frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 J.

„Die Neue Welt“
(Anzeigungsverträge), durch
die Post nicht bezugsbar, kostet
monatlich 10 J., 1/2jährlich 30 J.

Volkshlatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißeneis-Zeitz,
Torgau-Riebenherda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof partiers rechts.

Telegraphen-Adresse: Volkshlatt Halle-Saale.

Nr. 81.

Dienstag den 6 April 1897

8 Jahrg.

Deutscher Reichstag.

206. Sitzung vom 3. April, 12 Uhr.

Die Rechnungen über den Etat der Schutzgebiete von Kamerun, Togo und des südafrikanischen Schutzgebietes für 1892/93 und 1893/94, sowie die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt-
etat 1893/94 werden der Rechnungscommission überwiehen.

Es folgen **Wahlprüfungen**. Die Wahl des Abg. **Wenz** (Wahlkreis) wird entsprechend dem Beschlusse der Subdelfmission für gültig erklärt. Die Kommission beantragt ferner über die Wahl des Abg. **Reichmuth** (Weichsel, 1. Weimar) neue Erhebungen über die Vorgänge bei der Wahl zu veranlassen.

Abg. **Gamp** (Wp.) ist mit der Anstellung von Erhebungen einverstanden, sogar in weitem Umfange, als die Kommission vorgeschlagen hat. Er beantragt Erhebungen darüber, ob die Gemeindeführer Stimmgelöt an die Wähler oder deren Angehörige verteilt, ob sie auch für Privatpersonen gelegentlich Drucksachen verteilt und ob sie beim Austragen der Wahlgelöt dienliche Abreden getragen hätten.

Abg. **Zinner** (Wp.) bemerkt, daß diese Wahl das Haus schon oft beschuldigt habe; das Endergebnis werde sein, daß die Entscheidung erst fälle, wenn die Legislaturperiode zu Ende ist. Der Antrag **Gamp** hätte wohl nur den Zweck, dem Reichstag die Entscheidung zu erleichtern. Auch hier zeige sich die Notwendigkeit des Wahlprüfungsausschusses, die Erhebungen müßten in die Hand des Reichstages und seiner Kommission gelegt werden. Hierauf wird der Antrag **Gamp** gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt, der Kommissionsbeschlusse angenommen.

Es folgt der Bericht der Kommission für die Geschäftsordnung über die Frage der Vertagung der allgemeinen Diskussion in die dritte Beratung.

Abg. **Träger** (Freil. Vereinig.) als Referent befragt über den Antrag der Kommission auf einen Aufschub der Geschäftsordnung, eingeleitet in der 3. Beratung nach Abschluß der Diskussion über die einzelnen Artikel auf Antrag von 15 Mitgliedern noch einmal eine Diskussion nach Weggabe des § 18 der Geschäftsordnung stattfinden kann.

Abg. **Gamp** (Wp.) hält hierzu ein Verbot für nicht vorliegend und beantragt die Ablehnung des Antrages.

Abg. **V. Levetzow** (Wp.) schlägt sich diesem Antrag an.

Abg. **Zinner** (Wp.) Die Generaldebatte am Anfang der dritten Lesung habe dies im Uebereinstimmen mit den Erklärungen über die grundsätzliche Stellungnahme der Parteien zu geben. Vor der Gesamtbestimmung sei eine nochmalige allgemeine Besprechung erwünscht.

Abg. **Vieher** (Zent.) kann sich mit dem Kommissionsantrage nicht befriedigen und beantragt weitere Prüfung der Angelegenheit in der Geschäftsordnungskommission.

Der Antrag wird angenommen.

Es folgt der Bericht der Geschäftsordnungskommission über die Frage der Unterbringung und Unterzeichnung der Anträge auf namentliche Abstimmung.

Abg. **Zinner** als Referent befragt über den Antrag der Kommission, daß bei Anträgen auf namentliche Abstimmung, sobald sie sich auf die Vertagung oder den Aufschub der Debatte beziehen, die Unterbringung nur durch Aufstellen zu geschehen hat. Abstimnungen über Fragen materiellen Inhalts können ja auch fernherin von Nichtanwesenden beantragt oder unterzeichnet werden.

Nach längerer Debatte, an der sich **Wieseler** (natl.), **Wachen** (Zent.), **Gamp** (Wp.), **V. Levetzow** (Wp.), **v. Camp** (natl.), **Zinner** (Wp.), **Richter** (Wp.), **Dünn** (natl.) beteiligten und nach einem Schlusswort **Zinner** in der 2. Beratung der Geschäftsordnungskommission einstimmig angenommen.

Der Antrag wird angenommen.

Abg. **Zinner** als Referent befragt über den Antrag der Kommission, daß die Unterzeichnung der Gegenanträge **Sompfich** und **Genossen** betr. die Aufhebung des Feuertages und die Anträge **Simpfich** und **Richter** auf Aufhebung des § 2 des Feiertagesgesetzes angenommen.

In der 3. Beratung folgt die Beratung der 2. Beratung der gleichlautenden Gegenanträge **Sompfich** und **Genossen** betr. den Verbot mit **Butter**, **Köhl**, **Schmalz** und deren Erzeugnissen (**Wargarin**) stellt sich bei der namentlichen Abstimmung über die gleichlautenden Anträge **Weg** und **Wand** zu § 4 (Wp.) erhaltend.

Die Abstimmung betr. gegenwärtige Verfassung des § 4 (Wp.) erhaltend (5000 Gewählter) die Beschlußfassung des Hauses heraus.

Die Gegenstimmen der Rechten, die Rationalisten mit einigen Ausnahmen, und einige Zentrumsglieder. Abgemittelt haben 189 Abgeordnete, für den Antrag 116 gegen den 73.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. Antrag **Zinner** auf Veranlassung von **Wach** (Wp.) zu den Kommunalverfassungen; zweite Beratung des Handelsvertrages.

Schluss 3.10 Uhr.

Tagesgeschichte.

Enkel und Großvater. Wie jetzt bekannt wird, hat am 22 März Wilhelm II. sämtliche Generaladjutanten seines Großvaters in dessen Sterbezimmer verammelt und angeordnet, daß sie auf ihren Achseln seinen Leichnam zu dem Leichnam seines Großvaters fähren. Zugleich teilte er mit, er habe Anordnung getroffen, daß er selbst und der jeweilige erste Erb- oder Kronerbkönig zum ewigen Angedenken und zur lebendigen Erinnerung an die glorreiche Regierung des Kaisers Wilhelm I. dessen Namenzug mit den Schärpen der Generaladjutanten zu tragen haben. — Somit hat der Kaiser sich und seine sämtlichen Nachfolger zu Generaladjutanten seines verstorbenen Großvaters ernannt.

Neue eine Militärverleumdung. Der Reichstagsrat zum Reichshaushalt, welcher eben an den Reichstag gelangt ist, verlangt an einmaligen Ausgaben eine Summe von nicht weniger als 44 872 743 M. für die Schaffung einer Reserve an Artilleriematerial. In der Budgetkommission war diese Forderung schon längst angemeldet worden und da die genannten bürgerlichen Parteien sich für diese Neu-

anschaffungen ausgesprochen haben, so ist die Annahme dieser Vorlage gesichert.

Somit sind an einmaligen Ausgaben noch in dem Reichstagsrat enthalten 140 000 M. für Erweiterungsarbeiten der Gesundheitsanstalt in Berlin, 1 Million Mark zum Grundenerwerb sowie zu den Vorarbeiten für die Herstellung eines Präsidialgebäudes für den Reichstag und 46 000 M. auf den Etat der Marineverwaltung zur Herstellung von Antriebsmaschinen auf dem Gelände des Forts Bismarck bei Neufahrwasser.

Bei den dauernden Ausgaben fallen infolge der Konvertierung 1 125 000 M. für die Verzinsung der Reichsschuld vor, denen aber infolge der Verbesserung der und geplanten Erhöhung der Beiträge für die Hinterbliebenen Mehrausgaben des allgemeinen Personalfonds und des Reichsinvalidenfonds um 1 221 796 Mark gegenüberstehen, so daß sich eine dauernde Mehrausgabe von 96 796 Mark ergibt.

Er hätte warten müssen. Gegen den Oberpräsidenten von Preußen, Grafen Wilhelm v. Bismarck, hat der Oberbürgermeister von Königsberg, Hoffmann, Beschwerde beim Ministerium des Innern darüber geführt, daß Graf Bismarck beim Festakt am Kaiser Wilhelm-Denkmal gelegentlich der Hundertjahrfeier ihm auf sein Entgegenkommen hin nicht die Hand gereicht habe. Die Antwort des Ministers ist nunmehr eingegangen. Sie besagt, wie der Dfpr. Gen.-Anz. erzählt, daß der Oberbürgermeister hätte warten müssen, bis der Oberpräsident ihm die Hand zuerst reichte. — Die Antwort sieht dem Minister Freiherrn v. d. Rade ähnlich.

Wohin die Prämienwirtschaft der deutschen Zuckerindustrie führt, geht aus dem Bericht des britischen Konsuls in Holland hervor. Danach ist der Wert der Einfuhr von Zuckern aus Deutschland nach Holland von 1885 bis 1895 von 5892 auf 4876 Pfd. Sterling gefallen, während der Wert der Zuckereinfuhr, die nach England nach Holland gehen, sich von 40377 auf 7562 Pfd. Sterling erhöhte. Dies ist, wie selbst der vorgenannte Konsul konstatiert, die natürliche Folge der Willkür des Zuckers in England, das jene Prämienwirtschaft nicht kennt. So schädigen Schutzzölle und Prämien nicht nur den deutschen Handel, sondern verteuern auch die Produkte. Aber der Deutsche ist ja so geübt.

Ein geplagter Wahlkreis. Der Reichstagswahlkreis Schwab hat jetzt glücklicherweise seine vierte Wahl in dieser Reichstagsperiode hinter sich. Zwei Hauptfragen und eine Stichwahl sind vorausgegangen, die nach gegenwärtigen Wahlschlüssen die Wahl des freikonservativen Kandidaten v. Holz gegen den polnischen Kandidaten v. Saff. Inwieweit mit geringen Mehrheiten erlagen. Bei den ersten Hauptwahlen im Jahre 1893 erhielt im ersten Wahlgang v. Saff. 6042 Stimmen, der Gegenkandidat Holz 6210 Stimmen. Am 25. Juni 1896 fand die Erstwahl statt; von 15 188 Wahlberechtigten blieben beim ersten Wahlgang etwa 6000 dahinter; der Pole erhielt 4612, Herr v. Holz 4598 Stimmen. Dadurch, daß 17 Stimmen sich auf andere Kandidaten abspalteten, kam es zur Stichwahl, die am 10. Juli stattfand. Darnach erhielt der deutsche Kandidat Holz 5328 gegen 5141 polnische Stimmen, also 93 über die absolute Mehrheit. Der Reichstag kassierte die Erstwahl, weil für sie keine neuen Wähler angesetzt worden waren, obwohl die Frist von einem Jahr nach den ersten Wahlen längst abgelaufen war, und deshalb hatte abermals eine Neuwahl zu erfolgen. Von beiden Seiten sind diesmal die gewaltigsten Anstrengungen gemacht worden; das Ergebnis aber war der Sieg des Polen mit einer Mehrheit, wie sie noch niemals bisher in diesem Wahlkreis erzielt worden ist. Mit 7972 gegen 6956 Stimmen, also über 1000 Stimmen Mehrheit ist Holz der Gegner, während sonst die Differenz stets nur wenige hundert Stimmen betrug.

Der Bund der Landwirte läßt in seinem Hauptorgane mitteilen, daß der Untersuchungsrichter ganze Wagenladungen voll Ähren aus dem „Bund der Landwirte“ mitgenommen hat, und daß die Untersuchung mit jener Feindschaft geführt worden ist, die dem preussischen Beamtenumge eigen ist.

Desto merkwürdiger, daß man seinen Verstoß gegen das preussische Verordnungsrecht entdeden konnte.

Der Kontradmiral v. Tirpitz, der vermuthliche Nachfolger des beurlaubten Admirals v. Hollmann, ist der Vater der unerlösten Flottenpläne. Er wird, wenn er an Hollmanns Stelle berufen wird, bald einsehen lernen, daß sich solche Flottenpläne auf dem Papier leichter entwickeln, als vor dem Reichstage vertreten lassen.

Nicht Köller, sondern Graf Herbert v. Bismarck soll Oberpräsident von Schleswig-Holstein werden. Nach der 9. Bg. ist indes noch gar keine Entscheidung getroffen. Wenn nur die Wahl zwischen den beiden genannten Personen

besteht, wird es den Schleswig-Holsteinern auch sehr gleichgültig sein, wer sie zukünftig regieren wird.

Nach ein konservativer Wahlkreis verloren. Wie der Torgauer Kreis voransichtlich den freikonservativen verloren gehen wird, so ist ihm am Donnerstag der Kreis Schwab verloren gegangen. Der freikonservativen Holz erhielt 6956 Stimmen, der Pole Saff 7992 Stimmen.

Als unruhig bezeichnet wird die Radright, anlässlich der Rentenarreife seien alle Soldaten die Militärstrafen bis zur Höhe von 6 Wochen erlassen worden.

Wie man Duelle bestrafen! Die Strafkammer zu Darmstadt verurteilte gestern den Jahrgang Dr. med. Rapp und dessen Kartellträger wegen Herausforderung des preussischen Mediziners Stein auf Pistolen zu einem Tage Festungshaft. Die Forderung, die nicht zum Austrag kam, hatte ihren Grund in vorangegangener thätlicher Beleidigung. — Es verlautet nicht, daß die Verurteilten bei Verurteilung dieser furchterreglichen Strafe in Ohnmacht gefallen seien.

Den rechten Ort angesehen haben sich die Rationalisten der Stadt Frankfurt a. M. für ihre diesjährige Bismarckfeier. Sie begingen dieselbe nämlich im — Zoologischen Garten.

Wegen Kaiserbeleidigung vor Anfang Januar in Berlin der Arbeiter Sellmann zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Reichsgericht hat gestern die dagegen eingelegte Revision verworfen.

Dem Staatssekretär v. Stephan ist am Sonnabend der rechte Unterschenkel amputiert worden.

Ausland.

Oesterreich. Das Ministerium Baden hat seine Demission gegeben, angeblich weil die beschäftigte Bildung einer Parlamentsmehrheit mit Einschluß der Deutsch-Biheralen und Jungsozialen gescheitert ist. Die Liberalen dürften in ihrer bekannten Kleinlichkeit als Bedingung für die Unterstützung des Kabinetts Baden die Reichsbeistätigung Luzers als Bürgermeister von Wien gestellt haben. Hier konnte aber Baden, dessen formelles Vorgesetzter der Führer der Christlich-Sozialen schon in der Taufe hat, nicht 1. Wgehen. Der Kaiser hat am Sonnabend Baden mit Abgabe eines neuen Kabinetts betraut. Das bisherige Ministerium führt die Geschäfte weiter bis zur Zusammenstellung des neuen Kabinetts.

Vielleicht aber ist das neue Ministerium auch schon fertig und die ganze Affaire eine von dem überflauen Schlachzigenhauptling schluss abgeleitete Geschichte. Graf Baden ist nicht bekannter Mann eine Anzahl ihm ungewohnter Kollegen, die liberal angehauchten Minister des Unterrichts und der Justiz, Gausch und Graf Weispach aus und bildet nun kein reaktionäres polnisch-klerikales Kabinett.

Türkei. Die „Mächte“ wissen immer noch nicht, was sie anfangen sollen. Die angeordnete Blockade von Athen wird wahrscheinlich unterbleiben, nachdem der König von Griechenland erklärt hat, der Aushebung der Blockade auf die griechische Küste werde die Kaiserklärung gegen die Türkei auf dem Tische folgen.

Die Truppenentschuldung nach Kreta wird von Deutschland und Oesterreich abgelehnt, von den andern Mächten bewilligt worden; die Entscheidung Italiens ist noch zweifelhaft. Auf Kreta sind die Kämpfe einwieweil zum Stillstand gekommen.

Spanien. Wie aus Madrid berichtet wird, sollen in diesen Tagen die in Barcelona unzulässig eingeleiteten Anarhisten entlassen werden.

Nicht weniger als 220 000 Mann hat Spanien zur Befestigung der Aufstände auf Cuba und den Philippinen entsandt. Davon sind nach einer in Madrid veröffentlichten vorliegenden kriegsministeriellen Statistik durch Kämpfe, Seuchen und Entehrungen mehr als 230 000 Mann hingezogen worden. Finanziell kostet die Befestigung der beiden Aufstände bis jetzt dem spanischen Staatskassette weit mehr als 700 Millionen Pesetas.

Soziale Uebersicht.

Die Feiler an der Arbeit. Wie alljährlich, so sind auch in diesem Jahre die Aktionäre der „Continental Caoutchouc und Guttapercha Comp.“ in Hannover in der angenehmen Lage, für ihre so „mühselige“ Arbeit des Konvulsions-Abschneidens einen überaus reichlichen „Entschädigungsgeld“ einzulassen. 55 Proz. Dividende gelangen für das verfloßene Betriebsjahr zur Verteilung. Damit ist der vorjährige Gewinn noch um 5 Proz. überstiegen.

Jugendliche Affordarbeiter bei der Reichspost. Als neulich im Reichstag Sinner der Postverwaltung vorhielt, daß sie in Frankfurt a. M. jugendliche Arbeiter beschäftige, bestritt dies der Untersuchungsrichter Fischer auf Grund einer sofort eingeholten telephonischen Informa-

